

Positionspapier der Katholischen Studierenden Jugend Heliand Mädchenkreis und Schüलगemeinschaft im Bund Neudeutschland zur Bildungsgerechtigkeit in Deutschland

Bildung gerecht gestalten

I. Schule ein Spiegelbild der Gesellschaft

Wer heute beschreiben will, was Bildung bewirken soll, welche Ziele mit ihr verbunden sind und wie ein gerechter Zugang zu ihr organisiert werden kann, kommt nicht umhin, unseren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Kontext genauer zu betrachten. Besondere Brisanz erhalten diese Dimensionen, wenn die Frage der Gerechtigkeit im Zentrum der Diskussion steht.

Bildung geschieht nicht im luftleeren Raum, sondern ist von den gesellschaftlichen Bedingungen einerseits beeinflusst, andererseits ist es kulturelle und politische Aufgabe von Menschen ihre Welt zu gestalten und zu verändern.

Unser Kontext steht unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Globalisierung, was nichts anderes meint als, dass alle Lebensbereiche unter den Druck der finanziellen Verwertbarkeit geraten. Kein Lebensbereich wird dabei ausgespart, weder die Gesundheit, noch das Soziale – auch nicht die Bildung.

Dass unser Wirtschaftssystem Krisen produziert, lässt sich nicht nur an der unverträglich hohen Zahl der Arbeitslosen in unserem Land und an den täglichen Hungertoten weltweit ablesen. Die äußere Krise des Systems produziert Lebenskrisen der Individuen. Individualisierung und Flexibilisierung fordern ihren Preis, der auf Kosten des familiären Zusammenhalts geht, Überforderung und Existenzangst werden zu Grunderfahrungen.

All diese gesellschaftlichen Probleme finden wir in der Schule wieder.

Wir sehen bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit zwei zentrale Probleme: Erstens ist der Zugang zu Bildung strukturell ungerecht. Es gibt signifikante Zusammenhänge zwischen sozialer und wirtschaftlicher Armut und den damit verbundenen Bildungskarrieren. Zweitens steht das gesamte Bildungssystem immer weiter unter den Druck der Ökonomisierung. Dies zeigt sich darin, dass Bildungsinhalte an ihrer Verwertbarkeit gemessen werden und Bildung als ganzes zu einer reinen Kosten-Nutzen-Rechnung zu werden droht.

Wir sprechen als katholische Jugendverbände von Bildungsgerechtigkeit und sehen uns in der biblischen Tradition vom Reich Gottes und seiner Gerechtigkeit. Das Bild vom Reich Gottes beinhaltet die Vision von einem befreiten Leben in Fülle und gegenseitiger Anerkennung aller Menschen. Jesu Botschaft wendet sich vor allem an die Armen, Unterdrückten und Ausgegrenzten am Rand der Gesellschaft. Der Gott, an den wir glauben, verbindet alle Menschen zu einer Menschheitsfamilie. Mit diesen Glauben ist die Hoffnung auf universale Gerechtigkeit und Solidarität verbunden. Die Nachfolge Jesu ruft uns an die Seite der VerliererInnen und Ausgegrenzten – hier konkret an die Seite derer, die in unserem Bildungssystem auf der Strecke bleiben.



Diese Postkarten sind gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Im Folgenden beschreiben wir unseren Bildungsbegriff und unsere Vorstellungen zu einem gerechten Bildungssystem. Dabei wissen wir, dass es nicht möglich ist, eine gerechte Schule in einer ungerechten Gesellschaft zu bauen. Deshalb sind unsere Forderungen nach Bildungsgerechtigkeit, die wir an Gesellschaft und Politik richten nicht von Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit zu trennen.

II. Bildungsgerechtigkeit

a) Bildung

Wenn wir in der KSJ von Bildung reden, dann meinen wir nicht nur Schule, denn Bildung ist mehr als Schule. So findet Bildung auch in Familien, Gleichaltrigengruppen und Angeboten der Jugend(verbands)arbeit statt. Wir fordern eine Bildung, die zur Mündigkeit erzieht und Werte wie Demokratie und Solidarität in den Mittelpunkt rückt. Das bedeutet für uns: Autonomie, Freiheit und Entfaltung des Einzelnen in seinen Neigungen und Fähigkeiten einerseits und Solidarität, Einsatz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung andererseits (Plattform, Teil 2, Kapitel 1.1.).

Neben der Wertevermittlung ist es für einen Heranwachsenden in dieser Gesellschaft unabdingbar die Inhalte der christlichen Konfessionen und ihre Lebenswirklichkeit zu kennen, da unsere gesellschaftlichen Strukturen, Werte und Symbole ohne diese Inhalte nicht adäquat verstanden werden können. Zu diesem Kern gehört auch der Blick auf die anderen Weltreligionen und Glaubensgemeinschaften, welche zunehmend Teil unserer Lebenswirklichkeit werden.

Bildung ist ein lebenslanger Prozess und darf nicht zum Produkt eines bloßen Nützlichkeitskalküls werden. Ein Honorieren der intellektuellen Leistung allein, die die Grundlage für Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bildet, halten wir für falsch. „Menschsein bedeutet, bedingungslos akzeptiert zu sein – unabhängig von Leistung und Nützlichkeit“ (Plattform, Teil 2, Kapitel 1.1.).

Im Mittelpunkt des Lernens steht der Mensch mit seinen Begabungen und Fähigkeiten und er lernt diese solidarisch im Umgang mit seinem Mitmenschen und der Umwelt einzusetzen. Dazu soll Schule unter anderem folgende Fähigkeiten vermitteln: Solidaritätsfähigkeit, Utopie- und Erinnerungsfähigkeit, Bewusstwerden der eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Lebenssituation, Kritikfähigkeit, Empathiefähigkeit.

Bildung ist eine Voraussetzung für die politische und gesellschaftliche Teilhabe. Sie soll Kinder und Jugendliche zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Gleichzeitig soll sie zu steter Reflexion über die gesellschaftlichen Gegebenheiten anregen und Verantwortungsbereitschaft für den Mitmenschen und die Eine Welt fördern (Plattform, Teil 2, Kapitel 2.2.). Denn das Bekenntnis zu Jesus von Nazareth beinhaltet die Verpflichtung zu wachsamem Engagement für den anderen, insbesondere für benachteiligte oder unterdrückte Minderheiten und Ausgebeutete. „Die Herrschaft Gottes erfordert, dass jede geschichtliche Realität in Frage gestellt wird, und zielt auf die Überwindung gesellschaftlicher Herrschaftssysteme; in diesem Zusammenhang verpflichtet Herrschaft Gottes zu ständiger Ideologiekritik“ (Plattform, Teil 1.).

Wir begreifen Bildung als einen ganzheitlichen Prozess und Lernen als eine umfassende Kompetenzaneignung. Das Erlernen von Basiswissen wie Lese-, Sprachkompetenz, mathematische Kompetenz und naturwissenschaftliche Kompetenz muss Hand in Hand gehen mit sozialem und politischem Lernen, interkultureller Kompetenz, globaler Sensibilität, Friedenserziehung, religiöser Bildung, ökologischem Bewusstsein und geschlechtergerechtem Handeln.

b) Der Zugang zu Bildung muss gerecht sein

„Gerechtigkeit bedeutet für uns, dass jeder Mensch ungeachtet seiner Religion, Hautfarbe, seines Geschlechts und seiner sozialen Stellung von Geburt an gleiche Chancen, Rechte und Pflichten in der Gesellschaft hat“ (Plattform, Teil 2, Kapitel 1.2.).

Gerechtigkeit gründet sich für uns in der Gottebenbildlichkeit des Menschen. „Daraus leitet sich die Würde eines jeden Menschen her. Diese Würde ist von keiner menschlichen, staatlichen oder kirchlichen Instanz verliehen.“ (Plattform, Teil 2, Kapitel 1.1.)

Der Zugang zu ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital muss soweit irgend möglich von der Herkunft, dem Bildungsstand und der beruflichen Stellung der Eltern unabhängig sein. Kein Kind und kein Jugendlicher darf im Bildungssystem verloren gehen. Die Idee einer gerechten Bildung basiert auf den Grundsätzen von Gleichheit, Anerkennung, Akzeptanz, Demokratie und Solidarität. Demokratisierung bedeutet, ein Verhalten zur Grundlage gesellschaftlichen Zusammenlebens zu machen, das darauf beruht, dass jeder Mensch das unveräußerliche Recht auf sein Glück hat, dass alle Systeme zur Realisierung von Glück unfertig, weil menschlich sind, dass alle bestehenden Einrichtungen und Normen verbesserungsfähig sind (Plattform, Teil 1.).

III. Förderung statt Selektion

In dem Bewusstsein, dass Kinder und Jugendliche nicht Objekte, sondern Subjekte des eigenen Lernens sind, wollen wir zentrale Ergebnisse verschiedener Studien (unter anderem von OECD, Max-Planck-Institut) skizzieren, um im Anschluss eine gerechte Schule für Alle zu fordern, in der die Lebendigkeit der Person, ein pädagogisches Ethos, Innovationsbereitschaft und reformerische Elemente zu einer gelebten Lehr- und Lerngemeinschaft führen. Wir wollen eine Schule, in der Lernen Spaß macht und Persönlichkeiten - junge wie ältere - aktiv sind und einander Gewinn verschaffen (Plattform, Teil 2, Kapitel 2.3.).

Seit mehreren Jahren werden von verschiedenen nationalen und internationalen Institutionen Studien durchgeführt, die mittlerweile alle institutionellen Bildungsbereiche empirisch untersucht haben, um die Mitgliedstaaten über Stärken und Schwächen ihrer Bildungssysteme zu informieren und intellektuelle Leistung von jungen Menschen auf ihre ökonomische Verwertbarkeit zu überprüfen (Humankapital). Der Wirtschaftsstandort Deutschland sei hinsichtlich seiner Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt in extrem hohem Maße auf die Bildung, Kreativität und Leistungsfähigkeit seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Wir lehnen die Reduktion auf ökonomische Verwertbarkeit ab und betrachten die Ergebnisse der PISA-Studie mit gebotener Distanz.

Die PISA-Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hat unter anderem gezeigt, dass in keinem anderen Land der Zugang zu höheren Schul-, Ausbildungs-, und Berufsabschlüssen wie auch der Zugang zum Studium nach wie vor so stark durch Herkunft, Bildungsstand und berufliche Stellung der Eltern bestimmt wird, und die Förderung benachteiligter Kinder so erfolglos ist. 10% der Schülerinnen und Schüler in Deutschland kommen nicht einmal über die „unterste Stufe“ der Lesekompetenz hinaus, 13% erreichen diese gar nicht.

In der Tat schließt Deutschland einen großen Teil seiner Kinder und Jugendlichen von Bildungschancen aus, vor allem Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Elternhäusern und Migrantenfamilien.

Elementarbereich

Obwohl im wissenschaftlichen Diskurs und in der Politik ein Konsens herrscht, dass die ersten Lebensjahre eines Kindes großen Einfluss auf die spätere schulische Entwicklung haben und entscheidende Weichen für das spätere Leben stellen, ist der Bildungsbegriff in der Frühförderung nicht hinreichend geklärt. Ungeachtet der vorliegenden Bildungspläne und Rahmenpläne für Kindertageseinrichtungen, mangelt es immer noch an den entsprechenden personellen und strukturellen Bedingungen, diesen gerecht zu werden. So liegen in Deutschland die öffentlichen Ausgaben für die Vorbereitung auf die Primarstufe unter dem OECD-Durchschnitt und sind weit von der Empfehlung des European Commission Childcare Network entfernt.

In fast allen europäischen Ländern ist der Ausbildungsweg der ErzieherInnen ein praxisintegriertes Hochschulstudium. Eine flächendeckende Weiterentwicklung dieses Ausbildungsweges, wie an der Fachhochschule Koblenz, ist in Deutschland bisher selten. ErzieherInnen werden im Vergleich zu LehrerInnen schlecht entlohnt, haben nur geringe Aufstiegsmöglichkeiten und erfahren nicht die gebührende gesellschaftliche Anerkennung.

Ein weiterer Beleg für die schlechte finanzielle Ausstattung ist die Kind-BetreuerIn-Relation. Während in Finnland bei einem ganztägigen Kindergarten auf sieben Kinder ab drei Jahre einE BetreuerIn kommt, sind es in Deutschland mindestens zehn, in einigen Bundesländern sogar bis zu 16 Kindern. Bei den unter dreijährigen Kindern liegt das Verhältnis in Deutschland zwischen fünf und acht Kindern pro BetreuerIn, in Finnland bei vier zu eins.

Die derzeitige Ausbildung der ErzieherInnen und die ungünstige Kind-BetreuerIn-Relation benachteiligt besonders Kinder mit Migrationshintergrund und unzureichenden Deutschkenntnissen sowie Kinder aus bildungsfernen Haushalten.

Bildung darf aber nicht bedeuten, dass auf Kindorientierung in Kindertageseinrichtungen verzichtet wird!

Grundschule

Die Internationale-Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU) zeigt, dass Schülerleistungen sich am Ende der Grundschule weit weniger stark differenzieren als am Ende der Sekundarstufe I. Gemäß dieser Studie erhalten etwa 44% der SchülerInnen am Ende der Grundschulzeit eine Übertrittsempfehlung, die nicht, wie intendiert, ihrer Leistung entspricht, obwohl die selbe Studie eine „vergleichsweise hohe Kompetenz“ und einen geringen Anteil „echter Risikokinder“ registriert. Es besteht ein kausaler Zusammenhang zwischen den Empfehlungen und der sozioökonomischen Lage der Eltern und deren beruflicher Stellung. Dies hat unter anderem zur Folge, dass Kinder durch Armut oder prekäre Wohlstandsverhältnisse beim Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I benachteiligt werden, was natürlich Auswirkungen auf ihre berufliche Zukunft hat. Die Selektion verhindert Chancengleichheit in Schule und Gesellschaft und zementiert so soziale Ungerechtigkeit. Soziale Schichten bleiben unter sich.

Die nur schleppende Umsetzung der Reformen im Grundschulbereich, wie z.B. die Einführung altersgemischter Klassen und die variable Durchlaufzeit für die ersten beiden Schuljahre zwischen ein und drei Jahren, benachteiligen Kinder insbesondere aus ärmeren Familien. Dies gilt vor allem dann, wenn das Wohnortprinzip bei der Wahl der Grundschule, wie zum Teil geplant, aufgehoben wird.

Weiterführende Schule

Die eigentliche Idee des dreigliedrigen Schulsystems ist es, SchülerInnen in leistungshomogene Lerngruppen aufzuteilen, damit sie ihren Fähigkeiten entsprechend gefördert werden können. Diese ohnehin fragwürdige Aufteilung gelingt aber nur selten!

Selbst wenn sie gelänge, bestünde der Nachteil der Reproduktion sozialer Ungerechtigkeit weiterhin.

SchülerInnen werden insbesondere dann benachteiligt, wenn sie nach der Grundschule auf eine Schulart wechseln, die nicht ihrem Leistungsniveau entspricht: Wechselt ein SchülerIn auf eine Hauptschule, obwohl er oder sie für das Gymnasium „geeignet“ wäre, dann verliert er bzw. sie bis zur neunten Klasse in Mathematik etwa 1,5 Schuljahre. Durch das unterschiedliche Tempo im Lernfortschritt wird ein Wechsel in eine höhere Schulart zusehends unwahrscheinlicher und ist nur durch einen enorm großen Aufwand und eventuell eine Klassenwiederholung möglich. Die sozialen Ungleichheiten, die bereits bei der Übertrittsempfehlung gewirkt haben, werden so noch einmal potenziert.

Obwohl sich die Kultusministerkonferenz bereits 1960 für die Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Schularten ausgesprochen hat, ist sie in der Praxis kaum existent. Die OECD macht die Folgen der frühen Selektion und geringen Durchlässigkeit sowie der fehlenden Förderung für die geringe Anzahl an Hochschulberechtigten und Akademikern verantwortlich. Das deutsche Bildungssystem ist ungewöhnlich selektiv, was sich unter anderem auch an der restriktiven Versetzung zeigt. 24 Prozent der 15-Jährigen haben, laut PISA, mindestens einmal im Verlauf ihrer Schulzeit eine Klasse wiederholen müssen!

IV. Forderungen

Solange die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich fortbesteht, wird auch das Bildungssystem weiter Gewinner und Verlierer produzieren. Daher fordern wir eine Politik, die gesellschaftliche Spaltungsprozesse überwindet und die materielle Grundlage für erfolgreiche Bildungskarrieren sichert. Soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit bedingen sich unmittelbar. Politik muss sich an Menschen und ihren Bedürfnissen und nicht an finanzieller Verwertbarkeit orientieren.

Wir wollen eine Schule, die in diesem Sinn wirksam ist, indem sie SchülerInnen dazu befähigt, sich mit dem Gegebenen nicht abzufinden, Ungerechtigkeit zu erkennen und sowohl Schule als auch Gesellschaft aktiv zu gestalten. So wird Schule ein Ort der Demokratie, von dem kreative und emanzipatorische Impulse für die Gesellschaft ausgehen können.

Wir fordern eine Schule, die die gesamte Persönlichkeit von SchülerInnen wahrnimmt und fördert. Schulische Bildung – wie wir sie wollen – soll SchülerInnen zu kritischem Selbstverständnis, Selbstbestimmung und Handlungsfähigkeit führen. Es kommt nicht nur auf die reine Vermittlung und Aneignung von Faktenwissen an, sondern genauso auf Neugierde und Motivation zu einem lebenslangen Lernen.

Die Art des Unterrichts darf sich nicht im Frontalunterricht und punktuellen alternativen Formen, die eher den Charakter von Experimenten haben, erschöpfen. Vielmehr müssen Projektarbeit, Kleingruppenarbeit und Jahresarbeiten integrale Bestandteile eines differenzierten Unterrichts sein. Um dies zu ermöglichen, müssen die Lerngruppen klein sein und der 45-minütige Unterrichtsrhythmus muss aufgebrochen werden. Unterrichtsziele und Lerninhalte müssen für die Lernenden transparent sein. SchülerInnen müssen die Möglichkeit haben, über Inhalte und Methoden mit zu entscheiden.

Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer sowie Eltern müssen gleichberechtigt Entscheidungen für „ihre Schule“ treffen können. So wird die Verantwortlichkeit für den Lebens- und Lernort Schule gesteigert und demokratisches Handeln erfahrbar gemacht.

Das bestehende dreigliedrige Schulsystem fördert und manifestiert soziale Selektion. Dies widerspricht unseren christlichen Werten von universaler Gerechtigkeit und Solidarität. Unserer Ansicht nach reichen Veränderungen in curricularer und didaktischer Hinsicht nicht aus, um die Missstände zu beseitigen, sondern es bedarf auch struktureller Veränderungen.

Wir fordern einen gesamtgesellschaftlichen Dialog auf gleicher Augenhöhe zwischen allen Beteiligten, um gemeinsam eine gerechte Schule zu entwickeln. Dabei dürfen Föderalismus und das Finanzierungsargument diesen Prozess nicht behindern.

Als erste Schritte auf dem Weg zur Bildungsgerechtigkeit fordern wir in diesem Dialog:

Für den Elementarbereich:

- Die „Kindorientierung“ muss oberstes Gebot sein.
- Kindertageseinrichtungen sind als Teil des Bildungssystems wahrzunehmen.
- Die vorhandenen Bildungspläne sind zu reformieren und umzusetzen.
- Die Betreuung der Kinder ist durch stärkere individuelle Fördermaßnahmen zu ergänzen.
- Kindergarten- und Kindertagesplätze müssen kostenfrei sein und flächendeckend allen Kindern, auch unter 3 Jahren zur Verfügung stehen.
- Bei Kindern über drei Jahren darf das Betreuungsverhältnis 10/1 nicht überschreiten.
- Bei Kindern unter drei Jahren darf das Verhältnis nicht größer als 4/1 sein.
- Veränderungen im Berufsbild von Erzieherinnen und Erziehern
 - Ø Reform der Ausbildung
 - Ø Erzieherinnen und Erzieher müssen sich als ein Teil des Bildungssystems verstehen
 - Ø Der Beruf muss höher bewertet und entlohnt werden
- Kindertageseinrichtungen und Grundschulen müssen stärker kooperieren
 - Ø Regelmäßiger Austausch zur optimalen Förderung des Kindes
 - Ø Fließender und flexibler Übergang zur Grundschule

Für den Primarbereich/Sekundarbereich:

- Kleine Lerngruppen und mehr Lehrende
- Multiprofessionelle Teams pro Lerngruppe: LehrerInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen
- Individuelle Lernpläne ausgerichtet an den Fähigkeiten und dem Lerntempo des Kindes
- Erstellung von individuellen Lernentwicklungsberichten anstelle von Noten
- Achtung vor dem Lernenden und vor dem Lehrenden
- verpflichtende Fortbildungsmaßnahmen der Lehrenden und pädagogischen Fachkräfte
- Generelle Lernmittelfreiheit
- Der kostenfreie Zugang zu Medien (Internet, Bibliotheken etc.) muss gewährleistet sein
- Verhinderung der Einflussnahme rein wirtschaftlicher Interessen auf Lerninhalte und Methoden
- Bundesweite 1/3 Parität (LehrerInnen/Eltern/SchülerInnen) in den Schulkonferenzen

Verabschiedet durch den Frühjahrsrat der KSJ am 18.03.2006 in Neuerburg (Eifel)